Beirat: Tanklager soll schließen

Aufforderung an den Bund

Blumenthal (ajb). Der Beirat Blumenthal fordert vom Bund, die Konzession für das Tanklager Farge abzugeben. Ein entsprechender Beschluss ist bereits seit einigen Tagen vorbereitet und am Montag endgültig festgezurrt worden. In einem fraktionsübergreifenden Antrag fordern SPD, CDU, Grüne und Linke den Senat auf, seinerseits wiederum den Bund als Betreiber aufzufordern, diesen Weg einzuschlagen. Zur Begründung heißt es: „Die Aufgabe der Konzession würde die Chance bieten, den Weiterbetrieb als Tanklager an eine neue Genehmigung zu binden."

Damit wäre ein Betrieb des Tanklagers dann nur noch unter strengen Umweltschutz-Auflagen und nur mit neuester Technik möglich. Gleichzeitig sei zu prüfen, heißt es weiter, ob ein Weiterbetrieb der Anlage auch für andere Zwecke möglich ist. Im Falle, dass das Tanklager künftig nicht weiterbetrieben werde, fordert der Beirat einen kompletten und vom Bund finanzierten Rückbau samt einer umfassenden Grundwassersanierung. Darüber hinaus solle der Bund einen Zeitplan für die Sanierung der kontaminierten Flächen vorlegen. Und weiter fordert der Beirat die sofortige Veröffentlichung des ersten Sachstandsberichtes vom Juli 2010, in dem alle vorhandenen Kontaminationsflächen im Bereich des Tanklagers und im weiteren Bereich des Wassereinzugsgebietes des Wasserwerkes aufgeführt sind.

In einer Stellungnahme zum Beiratsbeschluss verwiesen die beiden Linken-Politiker Klaus-Rainer Rupp und Anke Krohne darauf, dass sie sich freuten, dass auch „die große Koalition in Blumenthal" endlich die Notwendigkeit einer Schließung des Tanklagers eingesehen habe. Trotz aller Freude sei aber anzumerken, dass „entgegen eigener Versprechungen, das von den Grünen geführte Umweltressort über Art und Umfang der Verseuchung von Boden und Grundwasser am Tanklager keine Transparenz hergestellt hat". Auch käme die Sanierung des betroffenen Gebietes nicht voran. „Der Senat", heißt es in der Stellungnahme, „scheint aus dem größten Umweltskandal Bremens keine Konsequenzen zu ziehen."